Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

## Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 167. Mittwoch den 16. Juni 1886. 80. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Wegen der Einlegung des zweiten Pferdebahngeleises auf der Linie Plagwitz-Reudnitzerfeld wird die **Tauchaer Straße** auf der Strecke von der Garten- bis zur Schützenstraße **von Donnerstag den 17. d. Mts.** ab, und alsdann, dem Fortschreiten der Arbeiten entsprechend, die **Wintergartenstraße** für allen **unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, 15. Juni 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
IX. 6535. Dr. Georgi. Hennig.

### Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 7. bis 13. Juni dieses Jahres im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.76fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.419.

Leipzig, am 15. Juni 1886.

**Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.**

### Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstattener Anzeige zufolge:

1) ein Paar goldene **Manschettenknöpfe** mit je einer eingravirten Rose, aus einer offenen Badezelle des Sophienbades, am 28. d. M. Abends;

2) zwei ovale **Brochen**, eine mit 2 männlichen und eine mit weiblicher und männlicher Photographie, ein goldener **Siegelring** mit buntem Stein, ein goldener **Ring** mit mehreren Granaten, ein ebensolcher mit mehreren Wachsperlen, ein goldener **Trauring**, ein goldener **Klemmer**, ein Paar kleine goldene **Glöckchen-Ohrringe**, eine goldene **Uhrkette** mit 2 Quasten und eine unechte **Halskette**, aus einer Wohnung in Nr. 15 der Brandversicherstraße, in den letzten 3 Wochen;

3) eine flache goldene **Damenuhr**, ältere Façon, vermuthlich Ancre-Uhr, mit langer feingliedriger **Talmikette** mit Schieber, aus einer Wohnung in Nr. 1 der Emilienstraße, am 3. d. M. Abends;

4) ein **Opernglas** mit Elfenbeingestelle in schwarzem Futteral mit der Firma „Osterland, Markt Leipzig", aus der Treppenflur in Nr. 1 der Nicolaistraße, am 8. d. M. Abends;

5) ein schwarzer **Zanella-Regenschirm** mit gelbem Holzstab und gebogenem Griff, im Garten der Insel „Buen Retiro", am 9. d. M. Abends;

6) ein **Sommerüberzieher** von dunkelgrauem, mit braunen Fäden durchwirktem Stoff mit Sammetkragen, verdeckter Batterie und schwarzem Futter, aus einer Wohnung in Nr. 21 der Zeitzer Straße, am 10. d. M. Nachmittags;

7) ein goldener **Ring** mit Amethyst in Hufeisenform, an beiden Seiten durchbrochen und ein goldener **Ring** mit grünem Stein mit rothen Läuchen und der Gravirung: „d. 18. April 1886", aus abgelegten Kleidern in der Schwimmanstalt an der Schreberstraße, am 10. d. M. Abends;

8) ein blau- und weiß- und ein braun- und weißmelirter **Frauenrock**, beide mit Konten und letzterer mit braunleidenen Schiefen besetzt, aus einer Wohnung in Nr. 19 der Eisenstraße, vom 10. bis 11. d. M.;

9) ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit ca. **17 Mark** und einer **Messingmarke** mit der Nummer „47", aus dem Garderoberaume in der Städtischen Schwimm-Anstalt, am 12. d. M. Abends;

10) ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit **12 ℳ 50 ₰**, in der Katharinenstraße mittelst **Taschendiebstahls**, am 12. d. M. Mittags;

11) eine silberne **Cylinderuhr** mit Goldrand, Secunde, geriefter Rückseite mit wappenähnlichen Schildchen sowie kurzer Nickelkette mit Wappen-Medaillon, aus einem Zimmer des Gastlocals in Nr. 9 der Gerberstraße, am 14. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 15. Juni 1886.

**Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.**
Bretschneider. Dr. S.

### Holz-Auction.

Im **Universitätswalde** bei Liebertwolkwitz sollen **Montag den 28. Juni d. J.** von Vormittags 9 Uhr an

343 Stück **eichene Klötze** von 10—80 cm Mittenstärke und 2.5—9.5 m Länge,
17 „ **Birkene** „ von 19—34 cm Mittenstärke und 4—8 m Länge und
18 Raummeter **eichene Knüppelscheite**

gegen Erlegung der geordneten Anzahlungen und unter den bekannt zu machenden sonstigen Bedingungen meistbietend versteigert werden.

**Versammlung auf dem Radelschlage am B-Flügel.**

Leipzig, am 15. Juni 1886.

**Universitäts-Rentamt.**
Gebhardt.

Der diesjährige

### Wollmarkt

zu **Hannover** wird am 28., 29. und 30. d. Mts. auf dem Packhofe abgehalten.

Hannover, den 9. Juni 1886.

**Der Magistrat der königlichen Residenzstadt.**
Haltenhoff.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Reorganisation der französischen Armee.

* Der gegenwärtige französische Kriegsminister, General Boulanger, ist bekanntlich ein sehr eifriger Republikaner und als solcher auch selbstverständlich ein Vertreter des Revanchegedankens, dem er in seinen öffentlichen Reden wiederholt und ziemlich unverblümt Ausdruck gegeben hat.

Um Frankreich auf die Durchführung dieser „pensée nationale" in militairischer Beziehung gehörig vorzubereiten, ist General Boulanger fortwährend bemüht, durch neue Gesetzentwürfe und administrative Reformen das Zahlenverhältniß und die Schlagfertigkeit der französischen Armee wesentlich zu erhöhen. Zu diesem Zwecke hat er einen umfassenden Reorganisationsentwurf ausgearbeitet, dessen politisch-militairische Bedeutung gerade in Deutschland nicht unterschätzt werden darf. Schon eine oberflächliche Betrachtung dieses neuen Reorganisationsplanes beweist, daß dessen Durchführung die bisherige Stärke der französischen Armee ansehnlich erhöhen würde, weil der Entwurf des Generals Boulanger in erster Linie nichts mehr und nichts weniger bezweckt, als den activen Stand der französischen Armee von 472,000 auf 545,000 Mann zu bringen, das heißt, um 73,000 Streiter zu vermehren.

Daß die Spitze der Thätigkeit des französischen Kriegsministers gegen Deutschland gerichtet ist, erhellt nicht allein aus dem Spiongesetz, sondern auch, wie schon erwähnt, aus den Reden des Generals Boulanger, die an Deutlichkeit wohl nichts zu wünschen übrig lassen. Die erwähnte große Vermehrung der Armee um 73,000 Mann würde die Franzosen befähigen, 40 neue Jäger-Regimenter aufzustellen; als Stämme für dieselben würden die jetzt bestehenden 30 Jäger-Bataillone, die vierten Bataillone der Linie und die zweiten Compagnien der Depots dienen. Außerdem würden 11 neue Cavallerie-Regimenter, sowie eine dritte Cavallerie-Division neu gebildet werden. Das wäre eine Erhöhung der französischen Armee, die für Deutschland um so bedenklicher sein würde, als unsere Friedensstärke, welche auf 427,274 Mann festgestellt ist, nicht nur um 50,000 Mann hinter der jetzigen Stärke der französischen Armee, sondern sogar um 118,000 Mann hinter der nach General Boulanger's Plan neu zu organisirenden Wehrkraft Frankreichs zurückstehen würde.

Um die etwas starken Zumuthungen dieser Reorganisation den radicalen Elementen Frankreichs annehmbar zu machen, hat der französische Kriegsminister, der bekanntlich sich den extremen Parteien möglichst angenehm zu machen sucht, Alles beseitigt, was die letzteren beunruhigen konnte, wie z. B. den Einjährig-Freiwilligen-Dienst, die Stellung zur Disposition der Ersatzbehörden, die Ueberweisung zu Hilfsleistungen 2c. Dafür werden alle Franzosen auch vor dem Militair-Gesetze gleich und müssen drei Jahre dienen, abgesehen von Beurlaubungen vom October bis März, welche der Kriegsminister bewilligen kann. Dennoch wird die radicale Partei durch die Annahme der Vorlage sich schwerlich ohne Weiteres allerlei Schwierigkeiten aussetzen wollen, die schließlich nur zu einem bedenklichen Endergebniß führen könnten.

Uebrigens hat General Boulanger eine neue Einrichtung zur Erleichterung des Dienstes vorgeschlagen, welche in der freiwilligen, privaten Vorbereitung für den Eintritt in die Armee besteht. Es können sich nämlich die jungen Leute an Sonn- und Feiertagen bei den Regimentern oder Corps ihrer Heimath ausbilden lassen, wofür sie später nur zwei Jahre zu dienen brauchen, falls sie genügende Zeugnisse über die gemachten Fortschritte beibringen können. Diese Maßregel scheint einen Ersatz für die unpopulär gewordenen Schüler-Bataillone bilden zu sollen. Die vom Dienste Befreiten bezahlen eine Wehrsteuer von täglich 6 Centimes.

Die Colonial-Armee, deren Bildung der französischen Regierung oftmals Sorgen gemacht, weil die Formation aus den vierten Bataillonen und anderen Truppenverbänden den ganzen Mobilmachungsplan durchkreuzte, hat nun auch eine selbstständige Organisation erhalten. Sie recrutirt sich fortan aus Freiwilligen und Capitulanten, deren Eintritt durch ein reichliches Handgeld gefördert wird.

Von besonderer Wichtigkeit sind auch die Vorschläge des französischen Kriegsministers, welche die gänzliche Reform des Militair-Ingenieurwesens betreffen. Der wichtigste Punct derselben ist die Verschmelzung der Festungs-Artillerie mit dem Ingenieur-Corps. Dadurch sind die beiden Waffengattungen, welche den Festungskrieg zu führen haben, zu einem einheitlichen Ganzen umgeformt worden, was jedenfalls von großem Vortheil ist. Diese neue Festungswaffe wird aus 12 Regimentern (du génie) Festungstruppen, jedes Regiment aus 3 Bataillonen zu je 4 Compagnien, und zwar aus 8 Compagnien Artillerie und 4 Compagnien Sappeur-Mineurs bestehen. Auch werden jedem Armee-Corps 1 Pontonier-Compagnie und 2 Feld-Compagnien zugetheilt.

Die Bildung eines Ingenieur-Corps, welches größere Befestigungs- und andere Bauten ausführen soll, ist gleichfalls in Aussicht genommen, aber über seine Stellung zur Armee ist Näheres noch nicht bekannt geworden. Ueberhaupt müssen die weiteren Ausführungen des französischen Kriegsministers erst abgewartet werden, ehe es möglich sein wird, ein genaueres Bild der neuen Armee-Reorganisation zu erhalten. So ist z. B. noch nicht ersichtlich, ob die vierten Bataillone, welche bisher theilweise zu Festungsbesatzungen bestimmt waren, ganz oder nur zum Theil aufgelöst werden sollen.

Die dem General Boulanger ergebenen politischen Blätter und militairischen Zeitschriften bieten Alles auf, um seine Reformvorschläge als höchst wichtig und unfehlbar hinzustellen, ja das „Avenir militaire" nennt den General geradezu den Schöpfer der neuen republikanischen Armee Frankreichs, die eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen habe. Es dürfte indeß noch einigermaßen fraglich sein, ob die übrigen Minister die Reformpläne Boulanger's auch so warm unterstützen werden, wodurch das Ansehen und der Einfluß des Generals in den politisch-militairischen Kreisen nur wesentlich steigen müßten, was die anderen Minister kaum zu wünschen scheinen. Können aber die Reformen Boulanger's dennoch zur Ausführung, so würden diese nur beweisen, daß sich auch die Regierung und die Kammern der „grande pensée nationale" anschließen, die natürlich nichts Anderes beabsichtigt als die Vorbereitungen zum Rachekrieg gegen Deutschland.

Wir denken bei alledem, mag Frankreich auch thun, was es will, „lieb Vaterland, magst ruhig sein". Wenn den Herren es beliebt, von Neuem ein Tänzchen zu wagen, so werden ihnen jetzt die Deutschen, nachdem dieselben durch den Besitz von Metz und Straßburg eine ganz andere Stellung gewonnen haben, gewiß ebensowenig aus dem Wege gehen, als das 1870 geschehen ist. Der Kriegsminister Lebœuf meinte damals auch, Frankreich wäre „archiprêt", wir haben nichts dagegen, wenn Herr Boulanger in dessen Fußstapfen treten will. Ein zweiter gegen Deutschland verlorener Krieg dürfte für seinen Urheber freilich noch etwas theurer zu stehen kommen.

### Leipzig, 16. Juni 1886.

* **Zur Ausführung der Bestimmungen in den §§. 1 und 2 des Artikels IV. des Gesetzes, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 1. Juni d. J.** hat der **Bundesrath** in der Sitzung vom 10. Juni d. J. beschlossen: 1) daß die aus dem Betriebsjahr 1885/86 fällig werdenden Rübenzuckersteuer-Credite um drei Monate verlängert werden dürfen; 2) daß dabei die in Betreff der Verlängerung der Frist für die Entrichtung der in dem Betriebsjahr 1884/85 creditirten Rübenzuckersteuer durch den Beschluß vom 16. Mai 1885 festgestellten Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden haben; 3) daß die nach Nr. 5 dieser Bestimmungen von den Bundesregierungen für ihr Hebungsgebiet aufzustellenden Hauptübersichten über die verzinsten Creditbeträge u. s. w. auch auf die auf Grund der Beschlüsse vom 21. April und 20. Mai d. J. bereits verlängerten Rübenzuckersteuer-Credite zu erstrecken sind.

* **Für den Posten des Gouverneurs von Berlin,** an Stelle des erkrankten Generals der Cavallerie v. Willisen, soll der „Post" zufolge auch der jetzige Militair-Bevollmächtigte in St. Petersburg, General der Infanterie v. **Werder**, in Aussicht genommen sein.

* **Aus Posen** wird der „Nordd. Allg. Ztg." geschrieben: An der jüngst stattgehabten **polnischen Versammlung** betheiligten sich nahe an 400 Personen. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung durch den Chefredacteur **Geistlichen Dr. Kantecki.** Die Versammlung war, wie schon erwähnt, vom polnischen Wahlcomité der Stadt Posen berufen worden, um ihre Zustimmung zu der am 5. d. M. von der polnischen Fraction des Landtages abgegebenen Erklärung auszusprechen. Zu diesem Zwecke wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Wähler der Stadt Posen sprechen ihre vollständige Uebereinstimmung mit dem Verhalten ihrer Vertheidiger im preußischen Landtage und im deutschen Reichstage aus und senden denselben Worte des Dankes für die tapfere Vertheidigung ihrer Rechte während der letzten parlamentarischen Session. Die Wähler der Stadt Posen erklären ebenfalls, daß sie die ihnen zustehenden Rechte mit Ausdauer und Standhaftigkeit auf gesetzlichem Wege verfolgen und bei dieser Vertheidigung ausharren werden bis ans Ende."

Herr Smiezek stellte den Antrag, den **deutschen** Landtagsabgeordneten **Windthorst, von Schorlemer-Alst, Liebknecht** u. A., welche die polnische Fraction im Abgeordnetenhause unterstützt haben, den Dank der Versammlung dafür auszusprechen. Auch dieser Antrag wurde angenommen." — Dazu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Herr Liebknecht konnte freilich im Abgeordnetenhause die polnische Coalition nicht anführen; er hat es aber doch bekanntlich im **Reichstage** gethan. Undankbar aber erscheint es, die „Verdienste" Derer um Nichter ignorirt zu sehen; oder sollten sie unter den „u. A." stecken?"

* Wie aus **Frankfurt a. d. O.** gemeldet wird, hat **König Ludwig von Bayern,** der inzwischen ein so tragisches Ende gefunden hat, noch am 6. Juni dem Central-Comité für das **Prinz Friedrich Karl-Nationaldenkmal** die **Genehmigung zur Veranstaltung einer Sammlung** von Geldbeiträgen im **Königreich Bayern** ertheilt, was aus folgendem Schreiben hervorgeht:

**München, den 6. Juni 1886.**

**K. Bayerisches Staatsministerium des Innern.**

Betreff: Sammlung für ein Prinz Friedrich Karl-Denkmal.

Seine Majestät der König haben dem Central-Comité für das Prinz Friedrich Karl-Nationaldenkmal allergnädigst die erbetene Bewilligung zu ertheilen geruht, zum Zwecke der Errichtung eines Denkmals für den verewigten Generalfeldmarschall Prinzen Friedrich Karl von Preußen eine Sammlung von Geldbeiträgen mittels Aufrufes in der Presse, Bildung von Special-Comités und Errichtung von Sammelstellen im Königreiche Bayern auf die Dauer eines Jahres vorzunehmen.

Hiervon werden Sie auf Ihre Eingabe vom 12. April l. Js. hiemit in Kenntniß gesetzt.

gez. v. Feilitzsch.

An den Schriftsteller Herrn Adolf Bettin in Frankfurt a. Oder.

Der Generalsecretair: gez. v. Ries, Ministerialrath.

* * *

* Zum Verlaufe der **ungarisch-österreichischen Krisis,** wie sie infolge des Zwischenfalles **Hentzi-Jansky** entstanden ist, erhält die „Kölnische Zeitung" aus parlamentarischen Kreisen der ungarischen Hauptstadt folgende Mittheilungen: Als Ministerpräsident **Tisza** am 2. Juni Nachts von Wien nach Pest zurückkehrte, schien zwischen der ungarischen Reichshälfte und dem Wiener Hofe nebst Heere Alles leidlich ausgeglichen zu sein, obwohl es in Pest noch unangenehm berührt hatte, daß Ministerpräsident Tausse und Landesvertheidigungsminister Welsersheimb den Grafen Belcredi zu seiner ungarfeindlichen Rede beglückwünscht hatten. Es war ausgemacht worden, daß Tisza bei Gelegenheit für die gemeinsame Armee eintreten, Jansky dagegen nicht mehr nach Ungarn zurückkehren solle. Da mischte sich Erzherzog Albrecht in die Angelegenheit und befahl in seiner Eigenschaft als General-Inspector der Armee, welcher vorläufige Verfügungen auch ohne Vorwissen des Kriegsministers (unter Mittheilung an denselben zur Bestätigung) erlassen kann, den General Jansky, obschon derselbe seine dienstlichen Angelegenheiten bereits abgegeben hatte und auf Urlaub in Baden bei Wien weilte, zur Dienstleistung nach Fünfkirchen in Ungarn. General Jansky wurde bekanntlich mit Mißfallen vom Volk in Fünfkirchen empfangen, in Pest erhoben sich die Straßenzusammenrottungen aufs Neue, im ungarischen Ministerium und Parlament aber herrschten Bestürzung und Verlegenheit. Gegenwärtig besteht dort eine durch das kaiserliche Handschreiben an den Erzherzog Albrecht noch verschärfte, vorerst indessen nicht zum Ausbruch gelangte Ministerkrisis. Um ähnlichen Einmischungen von Stellen, welche außerhalb der Verfassung und Verantwortlichkeit stehen, vorzubeugen, besteht Tisza, und er weiß dabei hinter sich das ganze Volk, auf der Einfügung bezw. Unterordnung auch der höchsten Befehlshaberstellen, insbesondere auch des General-Inspectorats, unter das gemeinsame Kriegsministerium, während die Opposition im ungarischen Reichstage noch weiter geht und die Beseitigung der gemeinsamen Armee entschiedener als zuvor fordert. Am Wiener Hofe ist man zur Nachgiebigkeit nicht eben geneigt, allein es bleibt schließlich keine Wahl. In Ungarn ist die Erbitterung gegen Oesterreich, insbesondere gegen den Erzherzog Albrecht, überaus stark; ein Bild dieses Prinzen in österreichischer Generals-Uniform wurde bei den Straßenzusammenläufen in Pest an einer Laterne aufgehängt. Die Ungarn können die rücksichtslose Regierung desselben in den fünfziger Jahren nicht vergessen. Neben diesen Strömungen erwachen andererseits in Kroatien die alten kaiserlichen Gefühle, und als Erzherzog Albrecht unlängst in Sissek weilte, sagte zu ihm nach dem „Agramer Tageblatt" der dortige Pfarrer beim Empfang: „Wohin man uns führt, wir werden mit hingebender Liebe und Treue folgen dem schwarz-gelben Banner — dem grün-weiß-rothen Fahne aber niemals!"

* **Zur Frage der schwedisch-norwegischen Union** wird der „Nationalzeitung" aus **Christiania,** 9. Juni, geschrieben:

Der Bestand der **schwedisch-norwegischen Union,** die in Norwegen nie sehr warme Anhänger gehabt hat, ist gegenwärtig aufs Ernstlichste bedroht. Unsere ultra-nationale Partei, die ideatisch mit dem Ultra unserer Demokratie ist, erstrebt seit Jahren offenkundig die Trennung Norwegens von Schweden und die Errichtung einer norwegischen Republik. Nachdem die Demokratie hier ans Ruder gekommen ist, hat das aus derselben hervorgegangene Ministerium Sverdrup sich nicht erhalten können, jenen unionsfeindlichen Bestrebungen Rechnung zu tragen. Der Ministerpräsident Sverdrup und einige liberale Mitglieder des Cabinets, wie z. B. der Chef der norwegischen Staatsraths-Abtheilung in Stockholm, Staatsminister Richter, sind vernünftig genug, der Auflösung der bestehenden Verbindung zwischen Schweden und Norwegen nicht direct in die Hände zu arbeiten, aber Sverdrup hat dieses, gleichviel ob mit oder ohne Absicht, indirect dadurch gethan, daß er sein altes, als Führer der demokratischen Storthings-Majorität vertretenes nationales Programm: die vollständige Gleichstellung beider Länder in unionellen Beziehung, als Regierungschef durchzuführen suchte. Diesem Bestreben entspringt u. A. die im Frühjahr v. J. von ihm erhobene Forderung, daß die gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten Schwedens und Norwegens nicht mehr, wie bis jetzt und wie durch den Unionsvertrag festgestellt ist, vom gemeinsamen König auf Vortrag des schwedischen Ministers des Aeußern, sondern in einem gemeinsamen, aus drei schwedischen und drei norwegischen Staatsraths-mitgliedern (Ministern) zusammengesetzten unionellen Staatsrath unter dem Vorsitze des Königs zu entscheiden seien. Das schwedische Cabinet stimmte diesem Verlangen unter der Bedingung zu, daß der schwedische Minister des Aeußern auch wie vor die Verwaltung der gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten behalte. Diese Bedingung nahm die norwegische Staatsrathsabtheilung in Stockholm an, und auch das diesseitige Cabinet hieß sie gut. Als aber im Februar d. J. unter dem Vorsitz des hier in Christiania weilenden Königs auf Grund der bezüglichen Vereinbarungen die Vorlagen festgestellt werden sollten, welche dem schwedischen Reichstage und norwegischen Storthing zu unterbreiten waren, um deren Genehmigung zu den erforderlichen Gesetzesänderungen zu erhalten, wurde norwegischerseits verlangt, daß abweichend mit dem schwedischen ein bis jetzt noch nicht existirender norwegischer Minister des Aeußern dem gemeinsamen Auswärtigen Amte vorstehen soll. Das schwedische Cabinet lehnte diese Forderung, welche das diesseitige Cabinet auf Verlangen der demokratischen Storthings-Majorität erhob, entschieden ab, was der schwedische Reichstag nachträglich gebilligt hat. Dagegen will jetzt unser Storthing die Sache weiter verfolgen. Die Majorität der Protokoll-Commission beantragt, daß das Storthing in einer Adresse an den König die Regierung der Angelegenheit im Sinne der norwegischen Regierung in Vorschlag bringen soll; gleichzeitig tadelt die Majorität der Commission das Verhalten der norwegischen Staatsrathsabtheilung in Stockholm, besonders des Chefs derselben (Richter). Die Minorität der Commission will die Sache auf sich beruhen lassen, tadelt aber die ganze Regierung wegen der wenig geschickten Art, wie sie die Verhandlungen mit dem schwedischen Cabinet geführt hat. Die Minorität besteht zumeist aus Gegnern des Sverdrup'schen Cabinets, nämlich aus Mitgliedern der conservativ-constitutionellen Minorität des Storthings.

Der Beschluß der Protokoll-Commission ist von weittragendster Bedeutung. Daß dem Antrage der Commission entsprochen wird, unterliegt keinem Zweifel; die Adresse wird vom Storthing beschlossen werden. Der König wird der in derselben ausgesprochenen Forderung aber nicht nachkommen können, da keine Regierung und kein Reichstag Schwedens sie annehmen würde; in den streng-nationalen Kreisen Schwedens war man schon erbost darüber, daß das Ministerium Thronfolger überhaupt in eine Berathung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Behandlung der gemeinsame diplomatischen Angelegenheiten gewilligt hatte. Und als diese Sache im April dieses Jahres im schwedischen Reichsrathe verhandelt wurde, haben selbst die besten Freunde, welche Norwegen in Schweden besitzt, rundweg erklärt, daß ein officieller norwegischer Beschluß, durch welchen ein Ministerium des Auswärtigen für Norwegen geschaffen werde, gleichbedeutend mit der Auflösung der Union sei. Das erklärte Organ unserer demokratischen Storthings-Majorität, „Dagbladet", fordert aber unumwunden einen eigenen norwegischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, dem natürlich auch eigene Gesandte und Consuln folgen müßten. Das Blatt meint denn auch, daß der Unionskönig ganz wohl von zwei verschiedenen Männern, einem Schweden und einem Norweger, an einem und demselben ausländischen Platze vertreten werden könne. Durch dieses Raisonnement will das Organ unserer ausgeprägten Schwedenfeinde seine wirkliche Absicht nur verschleiern, denn diese geht eben dahin, die Dinge mit Schweden auf die Spitze zu treiben, um der Union ledig zu werden. Das Blatt weiß ganz gut, daß Schweden sich keine gesonderte norwegische Vertretung im Auslande gefallen läßt, und es ist daher bezeichnend, wenn es in einem Artikel über den enthusiastischen Empfang, der Björnstjerne Björnson zu Theil geworden ist, als er hier am Sonntag aus Frankreich eintraf, sagt: „Das norwegische Volk weiß, daß es keinen kräftigeren und muthigeren Führer als Björnson hat, wenn es die Ehre und Selbstständigkeit des Landes gilt. Angesichts des Unionsconflicts, welcher jetzt mit jedem Tage näher rückt, war es natürlich, daß der Verfasser von „Hast Du gehört, was der Schwede sagt?" begrüßt wurde." Björnson weilte seit 2 bis 3 Jahren in Frankreich und will, wie es heißt, im Herbst nach der ihm sehr sympathischen französischen Republik zurückkehren. Als fanatischer Gegner Schwedens und der Union ist er just rechtzeitig in seinem Vaterlande eingetroffen, um das unionsfeindliche Feuer schüren zu können, wie er's 1884 that, als er in seiner Eigenschaft als Hauptagitator im Wahlkampfe gegen die damalige Regierungspartei wahre Brandreden gegen das Königthum und die Union hielt.

* **Zur Lage in Belgien** wird der „Vossischen Zeitung" aus **Brüssel"** vom 11. Juni geschrieben:

Der an der Spitze des Ministeriums stehende **Beernaert** gehört seiner ganzen Vergangenheit nach zu den gemäßigt Klerikalen. Eine Zeit lang war er sogar liberal; er war Verwalter des liberalen Journals „L'Etoile", das den Orleans während ihrer Verbannung und ihres Aufenthalts in Belgien gehörte; später ging er zur katholischen Partei über und hat, so oft er Minister war, es als seine Hauptaufgabe angesehen, durch geschicktes Laviren so lange als möglich sich und seine Partei in der Macht zu erhalten. In Folge seiner Mäßigung wurde ihm daher auch nach Entlassung der beiden Heißsporne **Woeste** und **Jacobs**, die Bildung des Ministeriums anvertraut. Seitdem war er mit Erfolg bestrebt, die Heißsporne der klerikalen Partei in ihren ungemessenen Ansprüchen zu mäßigen. Daß er die Principien seiner Partei zur Geltung bringt, die Rechte der Kirche und des Klerus wiederherstellt, in dem Schulwesen vollste Freiheit, ja sogar Anarchie „im Sinne der wahren Freiheit für Alle" begünstigt, ist selbstverständlich, aber selbst auf diesem Gebiete vermeidet er es gern, bis an die äußersten Grenzen zu gehen. Man haben die Deputirtenwahlen die klerikale Majorität über alles Erwarten verstärkt; sie ist so stark geworden, daß sie nicht einmal mehr der Beihilfe „unabhängiger" Deputirten bedarf. Es ist daher zu befürchten, daß die Heißsporne der Partei, vor Allem die Deputirten Woeste und Jacobs, das Ministerium zur Erfüllung aller klerikalen Forderungen zwingen und eine starre klerikale Reaction heraufführen wollen? Davon will aber der Minister Beernaert nichts wissen; er weiß nur zu gut, daß zu scharfes Vorgehen — wie zu des Ministers Rathend Zeiten mit dem Klostergesetz — die Herrschaft der Partei zu Fall bringen kann. Schon am Vorabend brachte das ministerielle „Bruss. Journ." einen alle politischen Kreise überraschenden Artikel, in dem das Cabinet ein „conservativ-fortschrittliches" genannt, auch die neu gewählten

SLUB
Wir führen Wissen.